

Stellungnahme der BAG UB zum „Beruflichen Orientierungsverfahren (BOV)“

Mit diesem Positionspapier nimmt die BAG UB Bezug auf die Beschlüsse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) - Eckpunkte für die Reformgesetzgebung Eingliederungshilfe im SGB XII, TOP 5.2, Anlage 1, November 2009.

Zentrale Forderungen aus Sicht der BAG UB sind:

1. Der **Mensch mit Behinderung** steht bei größtmöglicher Selbstbestimmung im Mittelpunkt des Klärungsprozesses im Übergang von der Schule in den Beruf und erhält im Sinne von Aktivität und Teilhabe eine verlässliche und konstante Unterstützung beim Übergang ins Berufsleben.
2. **Schulen** fördern und ermöglichen diese Übergänge durch kontinuierliche Aktivitäten und sichern dies in einem umfassenden Schulkonzept nachhaltig ab.
3. **Integrationsfachdienste (IFD)** sind aufgrund ihrer gesetzlichen Aufgabenstellung ein langfristig verlässlicher und qualifizierter Partner bei Orientierung, Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf. **Zudem verfügen IFD über ein einheitliches und abgestimmtes Qualitätssicherungssystem (KAS-SYS), welches u.a. Standards für den Übergang Schule-Beruf enthält.**
4. **Betriebe** werden durch Schulen und IFD professionell beraten und unterstützt, um sich für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu öffnen und finden so bei Fragen zu Praktikums- sowie Arbeits- bzw. Beschäftigungsangeboten verlässliche Ansprechpartner.
5. **Zentrale Elemente** einer beruflichen Orientierung sind individualisierte, langfristige und begleitete Praktika sowie Verfahren der Persönlichen Zukunftsplanung, erforderlichenfalls über die Schulzeit hinaus, getragen durch konstante Unterstützung durch den IFD.
6. Bei der **Ausgestaltung** eines Beruflichen Orientierungsverfahrens werden auch im Blick auf **Finanzierungskonzepte** positive Erfahrungen aus den Bundesländern genutzt.

Laut ASMK-Eckpunktepapier aus dem Jahr 2009 ist es Ziel der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe, die Rechte nach dem SGB XII für Menschen mit Behinderungen zur vorrangigen Unterstützung einer selbstbestimmten Lebensführung im Lichte der UN-Konvention weiter zu entwickeln und dabei auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf die Verfügbarkeit komplexer Leistungen zu sichern. Dazu soll die Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Hilfe umgewandelt werden. Damit wohnortnah Wahlmöglichkeiten zwischen Leistungserbringern entstehen, sind die notwendigen Beratungs- und Unterstützungsangebote auf regionaler Ebene zu entwickeln (Sozialraumorientierung).

Unter den Eckpunkten der ASMK-Beschlüsse ist auch das „**Berufliche Orientierungsverfahren (BOV)**“ für den Übergang von der Schule in den Beruf ausdrücklich genannt.

Nach den Aussagen des Eckpunkte-Papiers ist die verbindliche Teilnahme an einem individuellen BOV rechtzeitig vor der Schulentlassung vorgesehen. **Ziel des BOV ist die Klärung der Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsleben**, vorrangig auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Ergänzt wird das BOV durch begleitete und evaluierte Praktika.

Das BOV klärt somit den weiteren (nachschulischen) beruflichen Werdegang in Abstimmung mit dem Menschen mit Behinderungen selbst, den Erziehungsberechtigten bzw. gesetzlichen Vertre-

tern und den zuständigen Leistungsträgern, **wobei auch Lehrkräfte sowie Integrationsfachdienste angemessen zu beteiligen sind.**

Das BOV wird dabei verstanden als eine Aufgabe **in gemeinsamer Verantwortung, aber jeweils eigenen Zuständigkeiten von Schule und Bundesagentur für Arbeit**, die im Detail noch mit der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit abzustimmen und dann auf der Ebene der Länder umzusetzen ist.

Die BAG UB begrüßt die grundsätzliche Zielsetzung der Weiterentwicklung des SGB XII im Sinne der UN-Konvention. **Diese Zielsetzung kann jedoch nur erreicht werden, wenn vorliegende Erkenntnisse aus der bisherigen Praxis und wissenschaftlichen Begleitungen in einer Novellierung Berücksichtigung finden.**

Hierbei sind insbesondere folgende Prinzipien bei der konzeptionellen Entwicklung und gesetzlichen Verankerung eines BOV zu beachten:

- Die Zielsetzung, für Schülerinnen und Schüler konkrete Teilhabemöglichkeiten rechtzeitig und in einem kooperativen Verfahren unter Beteiligung der Betroffenen zu klären, wird von der BAG UB befürwortet.
Die BAG UB begrüßt ausdrücklich den Hinweis, Leistungen auch für Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf dauerhaft abzusichern. Deshalb geht es nicht um eine frühzeitige Festlegung in „arbeitsmarktgeeignet“ bzw. „nicht arbeitsmarktgeeignet“, sondern entscheidend ist die **Bereitstellung und Gestaltung ausreichender Rahmenbedingungen sowie individueller Unterstützungsleistungen**. Jede andere Sichtweise würde dem Anliegen der UN-Konvention nicht gerecht.
- Mit der durch die Sonderpädagogik - unabhängig vom jeweiligen schulischen Lernort - vorgehaltenen **Fachkompetenz zu langfristiger Beobachtung, Analyse und Förderung individueller Lern- und Entwicklungsprozesse** liegen Erkenntnisse vor, die unverzichtbar in ein BOV einfließen und für spezifische zusätzliche Maßnahmen grundlegend sein müssen. In diesem Zusammenhang sind auch Erkenntnisse aus der **Begleitung und Evaluation von Praktika** zu nutzen. Der Einsatz des Instruments Persönliche Zukunftsplanung sichert zudem das systematische Einbinden der individuellen Bedarfe und Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler.
- Die Bedeutung der Erfahrungen und diagnostischen Grundlagen und Kompetenzen der Schulen wie auch der Integrationsfachdienste, die die Schülerinnen und Schüler u.U. jahrelang begleiten, wird in den Eckpunkten zwar gesehen, in den Formulierungen jedoch eher nachrangig beschrieben. Bis in die Umsetzungsregelungen auf Länderebene ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass **Entwicklungsmöglichkeiten und –potentiale von Schülerinnen und Schülern nur in einem kooperativen Zugang und unter Nutzung vorhandener Erfahrungen fundiert beschrieben werden können.**
- **Die jungen Menschen mit Behinderungen, ihre Eltern bzw. gesetzlichen Vertreter, Praktikumsbetriebe und mögliche Arbeitgeber benötigen verlässliche und konstante Ansprechpartner und Vertrauenspersonen** in der Orientierung und Begleitung des Übergangs aus der Schule ins Erwachsenen - und insbesondere ins Berufsleben. **Eine Ausschreibung des BOV und ein damit verbundener häufiger Anbieterwechsel sind daher grundsätzlich abzulehnen.** Zur Sicherung einer zuverlässigen Angebotsstruktur können jedoch **geregelt Kooperationen der IFD mit erfahrenen anderen Anbietern im Übergang Schule-Beruf** sinnvoll sein. Letztlich sind die beschriebenen Leistungen uneingeschränkt budgetfähig und der/die Budgetnehmer/in hat die freie Wahl des Leistungsanbieters.
- Ein im Zuge der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe eingeführtes **BOV muss sorgsam mit vorhandenen Strukturen und Akteuren vernetzt und von diesen getragen sein.** Da die im Sinne einer Prozessdiagnostik durch Schulen und Integrationsfachdienste gewonnenen Erkenntnisse durch ein BOV keinesfalls ersetzt, sondern nur ergänzt werden können, **ist die Rolle von Schule und IFD innerhalb eines BOV entsprechend zu definieren.** Außerdem ist einer **Weiterentwicklung der Regelungen des Fachausschusses** nach § 2 Werkstättenverordnung (WVO), wie von der ASMK empfohlen, zuzustimmen.